



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/167 - 28. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Hochflut der Begegnungen Auf der Suche nach einer gemeinsamen Politik	70
2	Fall John - Spiegelbild gesamtdeutschen Dilemmas Von Dr. Walter Menzel, MdB.	33
3 - 4	Israel und der Nahost-Konflikt Sorgen um die Existenz	68
5 - 6	Der Berlin-Reisende bezahlt mehr Zur drohenden Erhöhung des Flugpreises von und nach Berlin	68
7	Treffen sudetendeutscher Sozialisten 20 000 Teilnehmer erwartet	35

* * * * *
* * * * *

Hochflut der Begegnungen

Der Selbst einem rimmermüden Zeitungsleser macht es in diesen erregenden Tagen beschwerliche Mühe, die Hochflut von Begegnungen und Konferenzen westlicher Staatmänner wahrzunehmen und dazu die Töne nicht zu überhören, die vom Osten, oft als unerfreuliche Begleitmusik, beige-steuert werden. Die kommenden Tage und Wochen zeichnen sich durch eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit aus, die Urlaubsfreuden für die führenden Politiker von West und Ost beinahe ausschliessen. Der heisseste Monat des Jahres in der nördlichen Hemisphäre bringt politisch wahrhaft heisse Tage. Am Zustandekommen der Gipfelkonferenz kann kein Zweifel mehr bestehen. Mit ungestümmter Wucht hat Nikita Chruschtschow, einen verhängnisvollen Fehler der führenden Westmächte ausnützend, den Weg zum Gipfel, den Weg zu einem Treffen mit den leitenden Staatsmännern des Westens beschritten, dem auszuweichen seinen westlichen Gegenspielern nicht mehr gut möglich ist.

Der Westen befindet sich nicht gerade in einer guten Position. Die Vorstösse des mächtigsten Mannes der Sowjetunion lösten Verwirrung aus und liessen die verschiedenen Zielrichtungen der Westmächte sichtbar werden. Als die Vereinigten Staaten und Grossbritannien ihre Unterstützungsaktion für den Libanon und Jordanien begannen - ohne vorherige Konsultation und Information ihrer westlichen Vertragspartner - setzten sie damit eine Kettenreaktion in Bewegung, bei der sie nur die grösste Mühe haben, sie wieder einzudämmen. Ihre Fehlspekulation war die Verkennung der Kraft des arabischen Nationalismus als ein zwischen den Westküsten Afrikas bis zum Persischen Golf mitgestaltender Faktor und des Gewichtes der Sowjetunion, das schwer auf diesem Raum der Erde liegt, den der amerikanische Präsident Eisenhower als die Drehscheibe der Welt bezeichnete. Der Westen steht vor der riesengrossen Aufgabe, nun nach einer Politik zu suchen und sie zu formulieren, die den arabischen Nationalismus einigermassen bündigt ohne ihn herauszufordern und die Sowjetunion hindert, diesen Teil der Erde als ständiges Manövrierefeld gegen den Westen zu benutzen, um ihn zu beunruhigen.

28. Juli 1958

Zum Bemühen um die Klärung des Vorfeldes zur Gipfelkonferenz gehört die lange Kette von Besuchen und Konferenzen, die mit dem Dulles-Blitz-Besuch in Bonn eröffnet wurde, der darauf folgende Aufenthalt des türkischen Außenministers Menderes, die für Dienstag erwartete Begegnung zwischen dem französischen Außenminister Couve de Murville mit Bundeskanzler Adenauer, die Tour des italienischen Ministerpräsidenten Fanfani nach Washington und die Londoner Konferenz der Bagdadstaaten, an der das wichtigste Mittelstück dieses Paktes, der Irak, freilich nicht teilnimmt. Dulles und Adenauer bestätigten sich gegenseitig die vollkommene Klärung der Beweggründe und Absichten, die für die Haltung der beiden Regierungen in der letzten Zeit massgebend waren - eine wahrhaft inhaltslose Floskel, weil sie nichts verrät über Ziel und Richtung der für die unmittelbare Zukunft einzuschlagenden Politik. Die Bundesregierung täte gut daran, sich im Nahost-Konflikt nicht allzu stark zu engagieren und einseitige Parteinahme zu ergreifen. Das gilt besonders für die Beziehungen zu der in ewigen Geldnöten und Finanzschwierigkeiten befindlichen Türkei. Die beabsichtigte Hilfsaktion der Bundesregierung für diesen Staat, der zugleich Mitglied des NATO- und Bagdadpaktes ist, trägt leider einen nicht zu übersehenden demonstrativen Charakter. Es wäre nicht gut und würde den deutschen Interessen nicht dienlich sein, fühlte sich die Türkei durch eine so betont freundschaftliche Geste Bonns in ihrem Bestreben bestärkt, im Nahost-Konflikt die Rolle eines Verräters zu spielen.

Europa ist durch die Nahost-Krise wohl mit am stärksten betroffen. Für die europäischen Staatsmänner kann es auf dem Wege zum Gipfel nur ein Ziel geben: alles zu unterlassen, was die schwelende Glut im Vorderen Orient zum Feuerbrand entfachen könnte und selbst an einer konstruktiven Politik mitzuwirken, die es den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und dem arabischen Nationalismus möglich macht, ohne gegenseitige Demütigung die Spannungen und Gegensätze in diesem Teil der Erde auf ein Mindestmass zu reduzieren. Dazu bedarf es weiser Voraussicht, kluger Massigung und Zurückstollung von egoistischen Sonderinteressen. Die Konturen für eine solche Politik sind freilich leider noch nicht zu erkennen, trotz der Hochflut von Begegnungen, die in diesen Tagen erfolgen.

Fall John - Spiegelbild gesamtdeutschen Dilemmas

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Der Bundespräsident war gut beraten, als er Dr. John im Wege der Gnade den Rest seiner Strafe erliess. Damit ist ein vorläufiger Schlußstrich unter eine Affäre gezogen, die nur möglich war aufgrund des gesamtdeutschen Dilemmas, in dem die 18 Millionen Deutschen arüben und die 50 Millionen Deutschen hier seit dreizehn Jahren leben müssen.

Der Gnadenakt bringt noch einmal jene Szenen des Sommers 1954 in Erinnerung, die sich damals, als Otto John in den Ostsektor Berlins ging, abgespielt haben; auch jene törichten Reaktionen des Bundesinnenministers, die noch einmal sein mangelndes politisches Fingerspitzengefühl deutlich erkennen liessen. Auch diese Erinnerungen könnte man ad acta legen, wenn man seitens der Bundesregierung aus solchen Ereignissen die Folgerungen gezogen hätte. Es war leicht, Steine zu werfen auf einen Mann, der schuldig wurde, weil er dieser Situation unserer Nation nicht gewachsen war; viel wichtiger wäre es gewesen, daraus zu einer besseren Politik für die Wiedervereinigung zu gelangen.

Hier bleibt es nach wie vor bei der bitteren und enttäuschenden Feststellung, dass die Bundesregierung aus diesen und unzähligen anderen Fällen, die nicht so bekannt wurden, nichts gelernt hat. Trotz wortgewaltiger Schwüre und Veraprechungen hat man sich immer nur so verhalten, als ob es das schwierige Problem der Wiedervereinigung gar nicht gäbe. Was man auch seit dem Sommer 1954 in der deutschen Politik an Fakten geschaffen hat, hat nicht dazu beigetragen, um ähnlichen Situationen, wie sie zum Falle John geführt haben, zu verhindern.

Man kann über die Person Dr. Johns denken, was man will. Nachdem der Bundespräsident den Gnadenakt vollzogen hat, ist es unser aller Verpflichtung, das zu respektieren. John hat seine Tat im Rahmen unserer Gesetze und eines Richterspruches gesüht. Wie es gegenüber jedem, der für seine Tat gebüsst hat, Menschen- und Christenpflicht ist, unter das, was war, auch wirklich einen Schlußstrich zu ziehen, so sollte es auch im Falle John geschehen.

Israel und der Nahost-Konflikt

H.P. Im Gegensatz zu Suez ist bei der jetzigen Nahost-Krise bis vor wenigen Tagen die ausserordentlich prekäre Situation Israels kaum gewürdigt worden. Noch steht nicht fest, wann die Gipfelkonferenz tatsächlich stattfindet und wie weit der Rahmen der Tagesordnung gespannt wird. Doch muss schon heute darauf hingewiesen werden, dass jede Regelung des Nahost-Problems zwangsläufig eine Erörterung der Beziehungen Israels auch zu seiner Nachbarstaaten einschliessen muss.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Israel, als beinahe kleinstes Land des Nahen Ostens, eine wirtschaftliche und politische Oase in diesem Gebiet darstellt. Es hat die Periode des Feudalismus übersprungen und ein soziales Gefüge errichtet, das diesem Staat eine Stabilität verleiht, der der Weid der arabischen Nachbarstaaten hervorruft. Einer der ausschlaggebenden Gründe für diese Stabilität ist das europäische Element, also die jüdischen Einwanderer, die aus politischen Gründen zur Immigration nach Israel gezwungen waren, oder aus idealistischen Gründen freiwillig bereit waren, das harte Los der Pionierarbeit in ungewohnter Umgebung auf sich zu nehmen. Durch ihre Arbeit und ihren Einfluss ist dieses Land an der Levante eine westliche Demokratie geworden, obwohl heute mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung aus orientalischen Bürgern besteht. Was sie vereint, ist die Erhaltung ihres Staates mit all seinen Errungenschaften. Die Entschlossenheit, diese so junge Nation zu verteidigen, hat zweifellos auch ein anderes Motiv: nämlich, den Mangel einer Alternative. Jeder Angriff bedeutet die Möglichkeit der physischen Vernichtung der eineinhalb Millionen Bewohner dieses Staates. "Wir kämpfen mit dem Rücken gegen das Meer", ist ein viel benutzter Ausdruck in Israel und er ist keine leere Floskel.

Mit der Entwicklung der Technik und den vielen noch völlig unerschlossenen Möglichkeiten, die im ganzen Vorderen Orient vorhanden sind, um das ganze Gebiet zu einem fruchtbaren Wirtschaftsraum zu gestalten, läge nichts näher, als eine vernunftmässige Annäherung zwischen Israel und seiner Nachbarstaaten. Tatsächlich hatten Ben Gurion

und seine engsten Mitarbeiter grosse Hoffnungen auf Nasser, als dieser ein Korruptionsregime in Ägypten ablöste. Diese Hoffnungen wurden bald zerstört und seitdem ist es Nasser gelungen, die Liquidierung Israels geradezu als Hauptziel des arabischen Nationalismus zu proklamieren. Libanon und Jordanien waren die beiden Staaten, mit denen die Reibungen bisher am wenigsten sichtbar waren. Doch seit der jetzt ausgebrochenen Krise ist eine völlig neue Situation entstanden. Man weiss in Israel sehr wohl, dass die britischen und amerikanischen Truppen nur für kurze Zeit in diesen Ländern stationiert bleiben werden, so dass die Frage, was danach kommen soll, die Gemüter beherrschen muss. Auch wenn von einer Panik in Israel nicht gesprochen werden kann, so zeigen die Diskussionen der letzten Tage, z.B. über das Problem, soll man den amerikanischen Flugzeugen die Überfliegung israelischen Gebietes erlauben oder nicht, wie gross die Sorge für die Zukunft ist. Aus dieser Sorge heraus hat Ben Gurion die Forderung erhoben, auf der Gipfelkonferenz gehört zu werden.

Israel hat zu wiederholten Malen seine Bereitschaft erklärt, sich zu jeder Zeit und an jedem Ort mit den Staatsmännern der arabischen Länder zusammzusetzen, um auf dem Verhandlungswege die gegenseitigen Probleme zu erörtern. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass der junge arabische Nationalismus die Existenz des Staates Israel anerkennt. Bisher hat sich die Sowjetunion aus durchsichtigen Gründen nie eindeutig zu diesem Aspekt des arabischen Nationalismus geäussert. Tatsächlich war es gerade die Sowjetunion, die vor zehn Jahren als erste Grossmacht den neuen Staat Israel diplomatisch anerkannte. Der Frieden in diesem Teil der Welt wird aber nur erhalten bleiben können, wenn die Sowjetunion ein für alle mal klipp und klar erklärt, dass sie die Grenzen Israels akzeptiert und mit garantiert. Eine derartige Einigung zwischen den Partnern der Gipfelkonferenz würde es den arabischen Staaten schwer machen, sich in kriegerische Abenteuer zu stürzen, weil sie die Gewissheit hätten, dass die östliche und westliche Welt ihnen den Beistand versagen würden. Eine solche Regelung könnte der erste Schritt zu einer wirklicher Befriedung dieses Gebietes sein und auch den jungen arabischen Staaten Zeit und Ruhe geben, ohne aussenpolitische Verwicklungen sich ganz dem Aufbau ihrer Länder zu widmen.

Der Berlin-Reisende bezahlt mehr

K.J. Das Fliegen wird teurer. In Ost und West wurden die Personenpreise im zivilen Luftverkehr erhöht, oder man ist dabei, es zu tun. Besonders einschneidend sind die Preiserhöhungen im Auslandsluftverkehr der Sowjetunion. Das alles ist unerfreulich, geht uns aber in innerdeutscher Einsicht nur mittelbar an und wäre zu verkraften, sieht man von den Preiserhöhungen im Berlin-Verkehr ab: Von und nach Berlin wird man ab 1. September fünf Prozent mehr zu zahlen haben.

Der Berlin-Verkehr gehört zu den Vorbehaltsrechten der Alliierten, ebenso der Flugpreis. Die Deutsche Lufthansa kann zwar Fahrkarten vermitteln und auf dem Boden nach dem Rechten sehen - in der Luft zwischen Berlin und der Elbe hat sie nichts zu suchen. Wenn nun die drei grossen westlichen Fluggesellschaften ihre Preise erhöhen, so haben wir dafür nur ein halbes Verständnis. Gewiss, die Fluggesellschaften haben ihre Finanznöte, die Unkosten steigen, das Fliegen verteuert sich gerade durch die weitergehende technische Entwicklung und die riesenhaften Investitionen für den kommenden Düsenflugverkehr - andererseits aber haben die Gesellschaften mit ihrem Monopol der Berlin-Flüge gute Geschäfte gemacht. Gleichwie politische Gründe sollten jede Flugpreiserhöhung von und zur Insel Berlin verbieten; zumindest müssten staatliche Subventionen her.

Es wäre jedoch ungerecht, allen Zorn auf die westlichen Fluggesellschaften abzuladen. Auch wir tun nicht alles, was wir tun könnten, um wenigstens den Landverkehr nach Berlin zu begünstigen. Wer weiss eigentlich, dass eine Rückfahrkarte nach Berlin, gelöst an einem Bundesbahnhof, um rund zwanzig Mark teurer ist als eine Rückfahrkarte für die gleiche Entfernung innerhalb der Bundesrepublik? Freilich, wesentlich schuld an diesem Umstand ist die zonale Reichsbahn, die die Fahrpreise im Interzonenverkehr mitbestimmt und ohne deren Einwilligung keine Verbilligungen gegeben werden können. Trotzdem aber sollten sich hier Auswege finden lassen. Kürzlich wurde in der Öffentlichkeit angeregt, die Bundesbahn möge den Berlinreisenden, die um zwanzig Prozent teurer zahlen müssen, entsprechende unbefristete Gutscheine für eine Fahrt im Bundesgebiet gewähren - also die Mehr-

zahlung praktisch gutschreiben.

Auf der anderen Seite notwendiger Überlegungen stehen die von Pankow verordneten Autobahnbenutzungsgebühren. Wer im Kraftfahrzeug nach Berlin fährt oder von dort kommt, hat sie kompromisslos zu entrichten. Die zusätzliche Belastung durch die Gebührenentrichtung geht hier für Hin- und Rückfahrt bis zu 50 DM. Im Interesse eines durch keinerlei Schikanen Pankows ernsthaft zu gefährdender Berlin-Verkehrs, sollte auch hier der Bund unterstützend eingreifen - zumindest sollte untersucht werden, in welcher Masse hier Subventionen möglich sind, ausgehend von der schliesslich auch möglich gewordenen Erstattung der Wasserstrassengebühren. Nicht nur die Wirtschaft Berlins ist zu stützen, sondern auch der Personenverkehr zwischen Inselbewohnern und Bundesbürgern, der Verkehr zwischen den Menschen. Gerade angesichts der sich verhärtenden Spaltung darf bei den übriggebliebenen Möglichkeiten des Ost-West-Verkehrs kein finanzielles Opfer gescheut werden.

Der Berlin-Verkehr muss billiger, keineswegs darf er teurer werden. Inzwischen bemüht sich der Berliner Senat, die allfälligen Luftatlachés von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Luftfahrtpreise auf dem alten Stand zu lassen und sie nicht um die angekündigten fünf Prozent anzuheben. Hinter diese Bemühungen sollte sich die Bundesregierung mit allem Nachdruck stellen und ihrerseits an höchster Stelle auf die Wichtigkeit des Berlin-Verkehrs verweisen, der schliesslich auch im Interesse der Westmächte liegt. Wenn eine jahrelange Luftbrücke finanziell durchzustehen war, so werden auch die möglicherweise notwendigen Stützungen für den normalen Personenverkehr zu erschwingen sein. Für viele Menschen gibt es heute aus politischen Gründen nur die Luftverbindung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik, deren eine Reise auf der Erde - selbst wenn sie kostenlos wäre - verwehrt bleibt. Auch daran sollte man denken: bei den Luftfahrtgesellschaften, den Westalliierten und bei der Bundesregierung. Berlin war bisher jedes Opfer wert und wird auch in Zukunft jedes Opfer wert sein müssen - es sei denn, man will die alte Hauptstadt in kleinen Raten aufgeben.

+ + +

Begegnung sudetendeutscher Sozialisten

Am 29., 30. und 31. August 1958 findet in Rothenburg o.d.T. das zweite Bundestreffen der Seliger-Gemeinde statt. In der mittelalterlichen Stadt werden sich in diesen Tagen Zehntausende sudetendeutscher Sozialisten aus allen Ländern der Bundesrepublik, aus Österreich, England, Schweden und Norwegen, aus Dänemark und Kanada begegnen. Auch namhafte internationale Sozialisten werden nach Rothenburg kommen.

Bei der Bundesdelegiertenversammlung am Freitag, dem 29. August, wird Benedikt Kautsky, Wien, über das Thema "Selbstbestimmungsrecht und Nationalitätenfrage" referieren. Er ist als geistiger Vater des Programmentwurfes der SPÖ bekannt. Von der englischen Arbeiterpartei haben die Abgeordneten John Hynd (ehem. Deutschlandminister), Philipp Noel Baker (ehem. Staatssekretär im britischen Aussewart) und Arthur Skeffington (Staatssekretär im ehemaligen Deutschlandministerium) ihre Teilnahme angekündigt. Es werden ferner bekannte Sozialisten aus Schweden, Norwegen und Dänemark erwartet. - Erich Ollenhauer und Waldemar von Knoeringen haben ihr Erscheinen ebenfalls zugesagt.

Dieses Treffen wird zweifellos ein Erlebnis, nicht nur für die Sozialisten aus dem Sudetenland, sondern für alle, die sich ideologisch mit der sozialistischen Bewegung verbunden fühlen. Viele werden Gelegenheit haben, ihre alten Kampfgefährten aus dem Arbeiter-Turn- und Sportverein, aus der Republikanischen Wehr und den vielen sozialistischen Kulturorganisationen wieder zu treffen.

Um den Teilnehmern die Fahrt zu vereinfachen, ist es zu empfehlen, Gemeinschaftsfahrten mit Autobussen oder mit der Bundesbahn zu organisieren. Anmeldungen und Anfragen sind entweder an die Vorsitzenden der Landes- und Ortsgruppen der Seliger-Gemeinde für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg; Roman Wirkner, Bonn, Luisenstrasse 127, oder direkt an das Organisationsbüro der Seliger-Gemeinde in München 15, Adolfs-Kolping-Strasse 9/III, Seitenbau, zu richten.

Es ist ausserdem zu empfehlen, insbesondere die Quartieranmeldungen ungehend vorzunehmen. Das Organisationsbüro rechnet am Hauptsonntag mit 20 000 Teilnehmern. Es wird dies eine machtvolle Kundgebung einer sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft werden.

+ * +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler